

GE~~ME~~inS@m

SEIT 1957

In Vielfalt geeint

Die Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 markiert einen wesentlichen Meilenstein, wenn nicht sogar den Grundstein, in der Geschichte der Europäischen Integration. Seit 50 Jahren wachsen die europäischen Völker zusammen, rücken einander näher. Trotz bleibender Verschiedenheit in Kultur, Sprache und Traditionen sind die meisten Europäer „in Vielfalt geeint“ und stützen sich auf gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Gleichheit.

Der Integrationsprozess, der mit sechs Ländern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) begann und heute eine Gemeinschaft von 27 Mitgliedern umfasst, hat dazu beigetragen, dass aus Feinden von gestern Freunde wurden und seit einem halben Jahrhundert die Staaten und Völker, die der Gemeinschaft angehören, in Frieden miteinander leben und gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Darüber hinaus wurde die Europäische Union zu einer friedensstiftenden Kraft in der Welt. Diese Entwicklung ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Parlamentarische Staatssekretär Walter Hallstein in Rom
Bild: dpa-Pressearchiv

Demokratie ist einer unserer zentralen gemeinsamen Werte. Ein anderer ist die Freiheit, die die Europäische Union noch stärker verankert hat, indem sie sie durch neue Freiheiten ergänzte – die Freiheit für Personen und Waren, sich über unsere Binnengrenzen hinweg zu bewegen. Wir können mit minimalem bürokratischen Aufwand in einem anderen Land der Europäischen Union studieren, arbeiten und leben und sind überall durch das jeweilige Gesundheits- und Sozialsystem abgesichert. Für Reisen in der Europäischen Union benötigen wir kaum noch Ausweispapiere, da wir als Inländer betrachtet werden. Außerdem hat die Europäische Union die Grundlagen dafür geschaffen, dass die Grenzen für Justiz und Sicherheit kein Hindernis mehr bilden.

Der Lebensstandard und die soziale Sicherheit der Unionsbürger gehören zu den höchsten in der Welt. Dafür steht Europa, dafür steht die Europäische Union – diese schafft einen Ausgleich zwischen wachsendem Wohlstand und dem europäischen Sozialmodell. Die gemeinsame Wirtschaftskraft hat auch zu weltweiter Verantwortung geführt, der die EU durch ihre Handels- und Hilfspolitik gerecht wird.

Durch unsere Zusammenarbeit ist ein Binnenmarkt gewachsen – die größte Freihandelszone der Welt, eine gemeinsame Währung und gemeinsame Umweltschutz- und Produktsicherheitsnormen. Dieser gemeinsame Markt hat Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum entstehen lassen, und wir können zwischen immer mehr Waren und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen wählen.



Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 durch die Vertreter der sechs Gründerstaaten
Bild: EU-Kommission

Die europäische Integration liest sich wie eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Aber Europa hat in den vergangenen fünf Jahrzehnten auch Rückschläge hinnehmen müssen, die diese erfolgreiche Entwicklung gebremst und verlangsamt haben. Der Mut und die Entschlossenheit vieler Akteure hat dazu beigetragen, dass die Integration nicht gescheitert ist.

Das bislang Erreichte ist es wert, gefeiert zu werden. Das Jubiläum bietet die einzigartige Gelegenheit, im Blick zurück nach vorn zu schauen, sich gemeinsam den Problemen der Gegenwart zu stellen und über die Zukunft der EU und Europas zu diskutieren. ♦

Aus dem Inhalt

Europas Seele ist die Toleranz	2
Die List der Vernunft	3
60 Jahre Bürgerengagement für Europa	
Die europäische Einigung voranbringen	4/5
Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft	
Menschen für Europa	6
Bericht vom Bundeskongress in Bremen	

Europas Seele ist die Toleranz

Besser hätte es für den ehemaligen Präsidenten der Europa-Union, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, nicht kommen können. Zunächst wurde der bisherige Vorsitzende der EVP-DE-Fraktion im Europäischen Parlament am 16. Januar bei drei Gegenkandidaturen bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit (450 von 689 gültigen Stimmen) für zweieinhalb Jahre zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt und gehört damit zu den einflussreichsten Politikern in der Europäischen Union. Am folgenden Tag war er im Straßburger Parlament Gastgeber von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Dort erläuterte die Kanzlerin am Vormittag die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft. Auf der anschließenden Pressekonferenz wurde dann in Anwesenheit der Regierungschefs von Portugal und Slowenien eine neue „Erfindung“ der Europäischen Union vorgestellt: „das Trio“. Künftig sollen jeweils drei Länder der Union besonders eng zusammenarbeiten, um notwendige Aufgaben zu erledigen: die amtierende Ratspräsidentschaft und die beiden folgenden Ratspräsidentschaften. Also jetzt zum ersten Mal: Deutschland, Portugal und Slowenien. Der Präsident der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, nahm an allen diesen Ereignissen mit bemerkenswerten Reden teil, um deutlich zu machen, dass nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommission, Parlament und Ministerrat zum Erfolg im Europa der 27 führen könne.

Nach seiner Wahl begrüßte der neue Parlamentspräsident Bulgarien und Rumänien als neue Mitglieder der Union und betonte, dass er mit ganzer Kraft den Bürgerinnen und Bürgern Europas, der Demokratie und dem Parlamentarismus dienen wolle. „Die Würde des Menschen, die Beachtung des Rechts und das Bekenntnis zur Solidarität zwischen den Völkern der Europäischen Union werden die Leitprinzipien meines Engagements sein“, sagte er. Souverän und ohne Stress leitete Präsident Pöttering die Wahl der 14 Vize-Präsidenten (darunter die deutsche Sozialdemokratin Mechthild Ro-



EU-Ratspräsidentin und Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering
Bild: EU-Kommission

the) und der sechs Quästoren (darunter Ingo Friedrich von der EVP-DE).

FREIHEIT ERMÖGLICHT EUROPAS VIELFALT

Ausführlich erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel Arbeitsprogramm und Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft, darunter Klimaschutz, Energiepolitik, Bürokratieabbau, Beziehungen zu Russland, den USA und Afrika. Und immer wieder die fast beschwörende Formel: Europas Verantwortung für die Welt. Die Bundeskanzlerin nannte die Europäische Union „eine historische Erfolgsgeschichte ohne Beispiel“ und eines der „beeindruckendsten Friedenswerke auf dem Planeten“. Es gäbe keinen besseren Platz für unser Leben als unser gemeinsames europäisches Haus.

Zitate: „Europas Seele ist die Toleranz“, „Europa ist der Kontinent der Toleranz“, „Europa ist verpflichtet, auf der ganzen Welt Toleranz zu fördern“. Und dann die Frage: „Was ermöglicht die Vielfalt Europas?“ Für Angela Merkel ist die Antwort eindeutig: „Die Freiheit in all ihren Ausprägungen ist die Voraussetzung für unsere Vielfalt.“

Natürlich beherrschte das „Dreigestirn“ Merkel, Pöttering und Barroso das Parkett an diesen beiden Tagen in Straßburg. Aber die 715 europäischen Abgeordneten und

ihre Sprecher zeigten keine Berührungsängste. Sie sagten ihrem neuen Präsidenten eine konstruktive und kritische Zusammenarbeit zu und gaben der Ratspräsidentin Merkel eine Wunschliste mit auf den Weg.

So dankte ihr der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Martin Schulz, für die „Mut machenden Elemente“ in der Rede. Er teile ihren Freiheitsbegriff. Allerdings seien ihre Bemerkungen zum sozialen Europa sehr kurz bemessen. Schulz: „Freiheit verwirklicht sich vor allem in sozialer Sicherheit.“ Der britische Liberale Graham Watson sah das anders. Das Wort „sozial“ komme in Merkels Rede zwei Mal so häufig vor wie das Wort „wettbewerbsfähig“. Und dann der mit gemischten Gefühlen erwartete Beitrag des Grünen-Sprechers Daniel Cohn-Bendit. „Ich und meine Fraktion teilen Frau Merkels jugendliche Romantik und ihre jugendliche Liebe zu Europa.“ Alles in allem ein erfolgreicher und harmonischer Auftakt für die deutsche Präsidentschaft und den neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Horst Keller

Der Autor ist ehemaliger Leiter der ZDF-Europa-Redaktion und war lange Jahre Redaktionsmitglied der Europäischen Zeitung, zuletzt als verantwortlicher Redakteur.

Die List der Vernunft

Gemeinschaftswerk von Träumern und Realisten: 60 Jahre Bürgerengagement für Europa

Aus Anlass ihres 60-jährigen Bestehens hatte die Europa-Union Deutschland zu einem Europa-Forum an ihren Gründungsort eingeladen. Ganz im Zeichen Europas bewies die Stadt Syke einmal mehr ihre Verbundenheit, was nicht zuletzt durch besondere Willkommensgrüße von Bürgermeister Dr. Harald Behrens, dem Landrat des Kreises Diepholz, Gerd Stötzel, und dem örtlichen Vorsitzenden der Europa-Union, Gerhard Thiel, zum Ausdruck kam. Mehr als 300 Teilnehmer aller Generationen waren zusammengekommen, um sich „im Blick zurück nach vorn“ den aktuellen Herausforderungen der europäischen Integration und den Fragen der Zukunft Europas zu widmen. Einen innovativen Einstieg ins Thema boten Syker Schüler mit ihrer beeindruckenden künstlerischen Darbietung.

Der Präsident der Europa-Union, Elmar Brok MdEP, erinnerte in seiner Ansprache an die Frieden stiftende Kraft der Europäischen Union, die auch nach sechs Jahrzehnten noch aktuell sei, forderte gleichzeitig aber auch ein transparenteres und demokratisch besser legitimates Europa ein. Dem schlossen sich Wolfgang Zapfe, Vorsitzender der Europa-Union Niedersachsen, und Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, ehemaliger Präsident der Europa-Union, in ihren Beiträgen an.

Ministerpräsident Christian Wulff stellte in den Mittelpunkt seines Vortrages die Frage „Warum brauchen wir Europa?“ und bekannte sich bei allen täglich erlebten Problemen einer Landesverwaltung mit der Umsetzung von Richtlinien und Verordnungen zum europäischen Einigungsprojekt. Die Europa-Union bezeichnete er als „Vorbild für die Bindung des Europäischen Gedankens an die Menschen“. Die Zukunft Europas hänge wesentlich davon ab, die Balance zwischen einer Stärkung der EU und einer Verankerung in den Regionen zu finden.

Günter Gloser, für europäische Fragen zuständiger Staatsminister im Auswärtigen Amt,

gab einen Ausblick auf die Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und lud gleichzeitig dazu ein, sich an einer intensiven Debatte über die Zukunft Europas zu beteiligen. Insbesondere im Dialog mit den Bürgern spiele ehrenamtliches Engagement wie das der Europa-Union auf allen Ebenen eine wichtige Rolle, hob er anerkennend hervor.

Der Frage „Was ist europäisch?“ stellte sich Professor Adolf Muschg, Schriftsteller und ehemaliger Präsident der Berliner Akademie der Künste, und spannte einen Bogen über erreichte und unerreichte Träume von Europäern in den vergangenen 60 Jahren. Er als Bürger der Schweiz empfand es als große Ehre, mit der Europa-Union auf 60 Jahre Integration zurückblicken zu dürfen. Muschg erinnerte daran, dass mit Europa die Geschichte etwas zu bieten habe, „was sich kein Mensch 1946 von ihr zu versprechen gewagt hatte“. Die Europa-Union sei dabei das „wirkliche Europa, denn sie repräsentiert seinen wichtigsten Träger: den Einzelnen“. Zu einer offeneren Debatte ermutigend betonte er: „Das Projekt Europa ist nur als Gemeinschaftswerk von Träumern und Realisten lebensfähig.“ Für ihn sei die „List der Vernunft“ eine ständige Weggefährtin der europäischen Integration. Er mahnte daher zu mehr Bescheidenheit und Realismus, aber auch Geduld beim Aufbau eines geeinten Europas. Aufmunternd schloss er: „Europa gibt es schon! Und: An Europa bleibt noch alles zu tun.“

Ob die deutsche Ratspräsidentschaft Europa fit für die Zukunft mache, wurde am zweiten Konferenztag in Bremen mit Experten diskutiert. Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU-Kommission, warnte vor zu hohen Erwartungshaltungen. Für Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, ist es entscheidend, wieder



Hielt den Europäern den listigen Spiegel der Vernunft
vor: Prof. Adolf Muschg



Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff
Beide Bilder: Florian Strasser

den Konsens über eine proeuropäische Ausrichtung der Politik herzustellen. Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, sieht allgemein eine größere Bereitschaft, den Verfassungsprozess erfolgreich zu gestalten. Für UEF-Generalsekretär Dr. Friedhelm Frischenschlager liegt die Chance der deutschen Präsidentschaft darin, die Sinnfrage der Europäischen Integration und deren politische Alternativlosigkeit in den Mittelpunkt der Europa-Kommunikation zu stellen. Bessere Information und Einbeziehung aller gesellschaftlicher Gruppen forderte der JEF-Bundesvorsitzende Jan Schubert ein. ■

Die europäische Einigung voranbringen

Acht Forderungen der Europa-Union Deutschland an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

1 Den Europäischen Verfassungsprozess voranbringen

Zu Beginn der deutschen Präsidentschaft werden 18 der dann 27 EU-Staaten das Ratifizierungsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag abgeschlossen haben. Die Europäische Verfassung bedeutet ein Mehr an Bürgernähe, Effizienz, Transparenz und demokratischer Legitimation und damit einen wichtigen Fortschritt für die Entwicklung der EU. Der Europäische Rat hat im Juni 2006 der deutschen Ratspräsidentschaft den Auftrag erteilt, nach ausführlichen Konsultationen mit den anderen Mitgliedstaaten einen Bericht vorzulegen, der Wege zum erfolgreichen Abschluss des Verfahrens aufzeigt. Spätestens unter französischer Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 sollen die erforderlichen Schritte unternommen werden. Die Europa-Union Deutschland erwartet, dass die Bundesregierung im Lichte der Wahlergebnisse vom Herbst 2006 in den Niederlanden und im Frühjahr 2007 in Frankreich über einen bloßen Sachstandsbericht und Fahrplanempfehlungen zum weiteren Vorgehen in der Verfassungsfrage hinaus ein Konzept zur Annahme und Verwirklichung des Verfassungsvertrages vorlegt. Dabei müssen die politische und rechtliche Substanz des Verfassungsvertrages und seine wesentlichen Elemente (insbesondere Teil I und II) erhalten bleiben. Darüber hinaus sollte den Bedenken in einigen zögernden EU-Staaten hinsichtlich der als zu schwach empfundenen sozialen Dimension der EU durch die Beifügung eines Protokolls oder einer Erklärung Rechnung getragen werden.

2 Die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells in einer globalisierten Welt gewährleisten

Die Bürgerinnen und Bürger sind und fühlen sich zunehmend von der fortschreitenden

Globalisierung betroffen. Der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates muss deshalb von der deutschen Ratspräsidentschaft genutzt werden, um die wirtschafts- und wachstumspolitische Leistungsfähigkeit der EU auch zur Selbstbehauptung Europas in einer zunehmend globalisierten Welt gezielt zu verbessern. Hierzu gehört die weitere Entwicklung des Binnenmarktes vor allem in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Energie, Post- und Kommunikationswesen. Hierbei geht es um bessere und für die Bürger transparentere Entscheidungen unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Die Bürger können in diesen Bereichen von mehr Wettbewerb und von besseren Verbraucherschutzstandards in direkter Weise profitieren. Der Lissabon-Prozess, der nicht an seinen Zielen und Ideen, sondern an deren Umsetzung krankt, bedarf dringender Erneuerung und einer wirksameren Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Diese sollte auf stärkeres „benchmarking“ und Selbstverpflichtung bei Forschungs-, Entwicklungs- und Bildungsinvestitionen setzen und bei zukunftsentscheidenden Schlüsseltechnologien gezielte finanzielle Anreize im Gemeinschaftshaushalt berücksichtigen. Insgesamt muss die soziale Dimension des Binnenmarktes deutlich und für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar gestärkt werden. Die Verantwortung der Mitgliedstaaten im Lissabon-Prozess muss gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht werden.

3 Die europäische Energiepolitik stärken

Die Abhängigkeit der EU von Energielieferungen durch Drittstaaten ist Besorgnis erregend. Aus Sicht der Europa-Union Deutschland muss die Bundesregierung den EU-Frühjahrsgipfel und die Erarbeitung sowie Verabschiedung des geplanten Energieaktionsplans als ersten Schritt nutzen, um eine europäische Energiepolitik zu entwickeln, die die Versor-

gungssicherheit unter Berücksichtigung der Solidarität zwischen den EU-Staaten erhöht. Die Frage des Energiemixes bleibt in jeweils nationaler Verantwortung. Auf europäischer Ebene können aber flankierende Maßnahmen und Programme zur Unterstützung der Verbesserung der Energieeffizienz, zur Erforschung von Möglichkeiten zur Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten sowie zur Förderung regenerativer Energien aufgelegt werden, um in diesem Bereich einen Beitrag zur langfristigen Energieversorgung zu leisten und den internationalen Wettbewerbsvorsprung Europas an Wissen und Technologie abzusichern. Insbesondere muss es eine wesentliche Diversifizierung der Energieversorgung sowie zum gegenseitigen Schutz der Mitgliedstaaten eine europaweite Vernetzung der Energieversorgung geben.

4 Die innere Sicherheit ausbauen

Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bedarf des weiteren Ausbaus. Der Schutz der Bürger vor transnationaler Kriminalität und Terrorismus muss intensiviert werden durch die Weiterverfolgung und den Ausbau von Projekten wie EUROPOL, EUROJUST, dem europäischen Grenzschutz, Haftbefehl und der Staatsanwaltschaft, der Verbesserung der transnationalen Informationsgewinnung und -verarbeitung, u. a. durch die Umsetzung des Schengen-Informationssystems II in allen Mitgliedstaaten. Dabei müssen die bürgerlichen Grundfreiheiten und der Datenschutz gewahrt und die Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments ausgeweitet werden. Vor allem sind während der deutschen Ratspräsidentschaft auch weitere Initiativen für eine europäische Politik hinsichtlich des verschärften Einwanderungsdrucks erforderlich. Den deutsch-französischen Vorschlag zur kontrollierten Einwanderung einschließlich der Meldung von legalen Einwanderungsquoten seitens der Mitgliedstaaten und Visa-Erleichterungen unter bestimmten Bedingungen gilt es ebenso fortzuführen wie im Gegenzug die weiteren Verhandlungen über Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern. Außerdem fordert die Europa-Union Deutschland die Überführung wesentlicher Teile der Innen- und Justizpolitik in den Gemeinschaftsrahmen, wie dies der Verfassungsvertrag vorsieht.

5 Die Handlungsfähigkeit der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken

Die außen- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten der EU erfordern eine gezielte Konzentration und bessere Abstimmung des Mitteleinsatzes wie auch eine intensivere Koordination zwischen den EU-Institutionen und anderen Akteuren wie der UNO, NATO, OSZE, WTO und den USA. Für den westlichen Balkan gilt insgesamt, dass das zivile und militärische Engagement der EU mit einer noch effektiveren Politik der Stabilisierung und Assoziierung verbunden werden muss. In Afrika muss das zivil-militärische Krisenmanagement der EU Hand in Hand gehen mit der Verbesserung der entwicklungspolitischen Instrumente zur Überwindung der Ursachen von Unruhen und Gewalt. Die Beziehungen zum wichtigsten Partner Europas, den USA, können angesichts der Vielfältigkeit neuer globaler Herausforderungen langfristig nicht mehr alleine nur im Rahmen der NATO gestaltet werden. Zur Sicherung und Erneuerung der essenziellen Partnerschaft mit den USA sollte die deutsche Ratspräsidentschaft die Aushandlung eines transatlantischen Vertrags oder eines EU-USA-Partnerschaftsvertrags initiieren, der alle wesentlichen Aspekte zu Wirtschaft und Handel sowie Politik und Sicherheit umfasst, aber auch die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit beim gemeinsamen Handeln sichert.

6 Die Erweiterung solide fortführen und neue Impulse bei der Nachbarschaftspolitik setzen

Die Erweiterung der EU ist bislang eine der erfolgreichsten Politiken zur Stabilisierung und Vereinigung des europäischen Kontinents. Nach der erfolgten EU-Erweiterung um 12 mittel- und südosteuropäische Staaten bedarf es aber – auch mit Rücksicht auf die Erweiterungsmüdigkeit der Bürger in der EU – einer dringenden Phase der Konsolidierung und Vertiefung durch die Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses. Für die westlichen Balkanstaaten muss dabei die Beitrittsperspektive in überschaubaren Zeiträumen aufrechterhalten werden. Die Verhandlungen mit Kroatien gilt es zielstrebig weiterzuführen. Die Verhandlungen mit der Türkei müssen sachlich und in längerfristiger Perspektive geführt werden. Da die

Aufnahmefähigkeit der EU ohne weit reichende Vertiefung klare Grenzen hat, müssen unter deutscher Ratspräsidentschaft Konzepte für eine europäische, auch multilaterale Nachbarschaftspolitik, ausgearbeitet werden, die den Nachbarn, die in absehbarer Zeit nicht EU-Mitglieder werden, eine europäische Perspektive eröffnen. Hierbei geht es darum, die östlichen Nachbarstaaten nicht durch unrealistische Versprechungen in ihren Transformations- und Europäisierungsprozessen zu gefährden, sondern sie vielmehr darin zu unterstützen, und dies auch im Hinblick auf den russischen Partner. Die möglichen Instrumente reichen von der vollständigen Teilhabe am Binnenmarkt und der Beteiligung an der innen- und justizpolitischen Zusammenarbeit bis hin zum Zugang zu den Gemeinschaftsprogrammen in den verschiedenen Politikbereichen. Die EU-Politik zum südlichen Mittelmeer sollte intensiviert werden. Eine entsprechende Schwerpunktsetzung während der portugiesischen Ratspräsidentschaft Ende 2007 sollte schon von der deutschen Ratspräsidentschaft vorbereitet werden.

7 Die Europafähigkeit der deutschen Politik stärken

Aus Sicht der Europa-Union muss die deutsche Politik ihre Europafähigkeit verbessern und in diesem Bereich handlungsfähiger werden. Dies muss sie in enger Kooperation mit den europäischen Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft gewährleisten. Große Teile der nationalen Gesetzgebung basieren auf EU-Recht. Europapolitik ist damit zu einem großen Teil Innenpolitik. Die nationale Stärke eines Landes hängt in großem Maße von seiner Einbindung und seinem Engagement auf europäischer Ebene ab. Für Deutschland ist dabei eine bessere Koordinierung der Europapolitik innerhalb der Bundesregierung und zwischen Bund und Ländern notwendig. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine wirtschaftliche, soziale, finanzielle und politische Kosten-Nutzen-Analyse der deutschen EU-Mitgliedschaft vorzulegen.

8 Den Nutzen der Europäischen Union deutlich machen und das Europa der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln

Die europäische Einigung ist eine Erfolgsgeschichte. Mehr als 60 Jahre Frieden zwischen

den Mitgliedstaaten der EU, die Gewährleistung eines hohen Lebensstandards, die ausreichende und gesunde Versorgung mit Lebensmitteln und nicht zuletzt auch die Erweiterung der Gemeinschaft von zunächst sechs auf 27 europäische Staaten belegen dies eindrucksvoll. Der Binnenmarkt und die Währungsunion stärken Europa zum Nutzen seiner Bürgerinnen und Bürger im Prozess der Globalisierung. Der Nutzen der europäischen Integration spiegelt sich wider in den ganz konkreten Politiken und Entscheidungen der Europäischen Union, z. B. bei Wettbewerb und Handel, beim Umwelt- und beim Verbraucherschutz, bei den Verkehrs- und Kommunikationsdienstleistungen sowie bei der Gleichstellung von Mann und Frau. Diese Zusammenhänge müssen den Menschen vermehrt und besser als bisher verdeutlicht werden. Hier sind sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung gefordert. Auch müssen bestehende direkte und indirekte Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärker heraus gestellt werden. Defizite im Bereich der öffentlichen und politischen Mitwirkung müssen konsequent abgebaut werden.

Jugendlichen müssen mehr Angebote zum Mitmachen und Mitgestalten europäischer Fragen eröffnet werden. Die Jugendarbeit im europäischen Bereich sollte verstärkt vor Ort und anstelle von Großveranstaltungen kleinere Projekte gefördert werden, die leichter zugänglich sind. Europa sollte nicht nur Thema einer kleinen interessierten Gruppe sein. Echte Beteiligung von Jugendlichen erfordert kontinuierliche Arbeit und feste Strukturen. Wir fordern die deutsche Ratspräsidentschaft auf, den bestehenden Trend umzukehren und Projektarbeit nicht mehr auf Kosten der Verbandsarbeit zu fördern. Langfristige demokratische Erziehung darf nicht mit kurzzeitiger Medien- und Projektarbeit konkurrieren müssen.

Die Europa-Union Deutschland teilt die Einschätzung des Arbeitsprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: „Nur gemeinsam ist Europa stark genug, um im internationalen Umfeld zu bestehen. Nur gemeinsam wird Europa gelingen“.

(Beschluss des Bundeskongresses am 10.12.2006)

Menschen für Europa

Bundeskongress der Europa-Union Deutschland stellt in Bremen Weichen für die Zukunft

Ein wenig wehmütig eröffnete Elmar Brok MdEP ein letztes Mal als Präsident der Europa-Union Deutschland den Bundeskongress; er hatte bereits im Sommer 2006 seinen vorzeitigen Rücktritt von diesem Amt aus beruflichen Gründen nach sieben Jahren Amtszeit angekündigt. In seiner Abschiedsrede vor dem Kongress betonte Brok, dass er dieses Amt sehr gerne wahrgenommen habe, auch wenn er „das Schiff in stürmischer Zeit“ übernommen habe. Er dankte vor allem dem Bundesausschussvorsitzenden Franz-Josef Klein, der Bundesgeschäftsführerin Birgit Köbling und dem Vizepräsidenten Ernst Johansson stellvertretend für alle anderen Mitstreiter in seiner Amtszeit für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Letzterer würdigte in seiner Laudatio auf Elmar Brok dessen außergewöhnliche Verdienste um die Europa-Union Deutschland und die Europäische Integration. Einstimmig ernannte das Präsidium, bestätigt durch den Bundeskongress, Elmar Brok zum Ehrenpräsidenten.

Zuvor hatten Bremens Erster Bürgermeister, Jens Böhrnsen, und der Landesvorsitzende der Europa-Union Bremen, Dr. Hermann Kuhn, ihren Willkommensgruß an die Delegierten der Landesverbände gerichtet. UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann überbrachte die Grüße des europäischen Dachverbandes und dankte dem scheidenden Präsidenten für sein herausragendes Engagement.

Mit nahezu einstimmigem Ergebnis wurde der aus dem Saarland stammende Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier MdB, zum neuen Präsidenten der Europa-Union gewählt. In seiner Vorstellung dokumentierte er sein europäisches Profil und betonte, dass er sich sehr gerne dieser neuen Aufgabe stelle, weil die Europäische Integration eines seiner besonderen persönlichen Anliegen sei. Er freue sich sehr auf die Zusammenarbeit mit dem Präsidium und stehe sehr gerne auch den Landesverbänden als Ansprechpartner zur Verfügung.

Neben personellen wurden auch inhaltliche Weichen gestellt. Aus aktuellem Anlass richtete der Bundeskongress acht Forderungen an die deutsche EU-Ratpräsidentschaft (siehe Seiten 4 und 5). Des Weiteren beschloss der Bundeskongress nach über einjähriger Beratung und Diskussion auf allen Ebenen des Verbandes unter dem Motto „Europa gemeinsam gestalten“ ein Strategiepapier für die künftige Arbeit des Verbandes. Alle Beschlüsse des Bundeskongresses können beim Generalsekretariat angefordert oder auf der Homepage des Bundesverbandes www.europa-union.de heruntergeladen werden. ■



Der neue Präsident der Europa-Union Deutschland:
Parl. Staatssekretär Peter Altmaier MdB

Bilder: Christof Müller



Aufmerksames Auditorium



Franz-Josef Klein (l.) und Birgit Köbling (r.) mit dem neuen Ehrenpräsidenten Elmar Brok MdEP



Willkommensgruß durch Bremens Ersten Bürgermeister Jens Böhrnsen

Zusammenarbeit im Ostseeraum

38. Nordeuropäische Gespräche – eine internationale Konferenz von Rang

Unter der Schirmherrschaft des Ministers für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Döring, veranstaltete die Europa-Union Deutschland mit ihren Landesverbänden Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und in Kooperation mit CIFE vom 24. bis 26. November 2006 in Kiel die 38. Nordeuropäischen Gespräche der Europäischen Bewegungen des Ostseeraumes. An der traditionsreichen Veranstaltung nahmen Vertreter der Europabewegungen und Zivilgesellschaft von Dänemark, Deutschland, Finnland, Lettland und Schweden teil.

Der erste Konferenztag war ausgewählten Themen der „Ostseekooperation heute“ gewidmet. Die Debatte wurde durch Dr. Jürgen Schöning, Direktor des Landtages Schleswig-Holstein, eröffnet. In seinem Vortrag „Die parlamentarische Dimension der Ostseekooperation“ sprach er über die bisherigen Erfahrungen der Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC), die seit 1991 versucht, die Ostseepolitik mitzugestalten. Anschließend referierte Gabriele Kötschau, Direktorin des Sekretariats des Ostseerates, über die „Zusammenarbeit auf Regierungsebene“. Ihre Ausführungen zur Tätigkeit des Ostseerates (CBSS) gaben einen interessanten Einblick in historische und aktuelle Aspekte dieser wichtigen Institution im Hinblick auf ökonomische und politische Entwicklungen, besonders auch zu Fragen von Stabilität und Sicherheit im Ostseeraum. Die Diskussion zu beiden Vorträgen konzentrierte sich schwerpunktmäßig auf die realen Möglichkeiten der Einbeziehung Russlands in die Kooperation und die Sicherung der Gleichberechtigung aller Mitglieder des Ostseerates und der

Ostsee-Parlamentarierkonferenz. Der Darstellung politischer Rahmenbedingungen folgten konkrete Ausführungen zur praktischen Umsetzung der Entwicklungsziele im Ostseeraum. Wolfgang Schmidt, Leiter



Prof. Dr. Joachim Gasiński spricht zur Geschichte der Nordeuropäischen Gespräche
Bilder: Carsten Massau



Stefan Musiolik

des Büros Ostseekooperation der Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft (KiWi), informierte ausführlich zur „Wirtschaftsförderung im Ostseeraum am Beispiel der Region Kiel“. Der Tag schloss mit einem internationalen Podiumsgespräch ab.

Der zweite Konferenztag stand unter der programmatischen Aussage „Zusam-

menarbeit im Ostseeraum – Ideen werden Wirklichkeit“. Die grundsätzliche politische Orientierung gab Reimer Böge MdEP in seinem Vortrag zum Thema „49 ½ Jahre Römische Verträge – Wie geht es weiter?“, in dem er eindringlich auf die Vollendung des Verfassungsvertrages in den nächsten Jahren orientierte. Es schlossen sich mehrere konkrete Themen aus dem Ostseebereich an: Die erste Diskussionsrunde beschäftigte sich mit einem aktuellen Vorhaben, der „Festen Fehmarn-Belt-Querung“. Befürworter und Gegner stellten ihre Posi-

tionen zu diesem Zukunftsprojekt vor. In einer zweiten Diskussionsrunde wurde das wichtige Thema Energiepolitik aufgegriffen. Hans Eimannsberger, Leiter der Energieagentur Schleswig-Holstein, und Manfred Ritzek, energiepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, sprachen über die Energiesituation im Ostseeraum und die politische Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung in der gesamten Region. Die dritte Gesprächsrunde widmete sich der Meerespolitik. Stefan Musiolik, Leiter der Europaabteilung im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa Schleswig-Holsteins, referierte zum Thema „Der Ostseeraum als Impulsgeber der europäischen Meerespolitik“. Seine Gedanken wurden durch konkrete Ausführungen von Prof. Dr. Klaus Wallmann, Direktor des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften Kiel, zu einem Forschungsnetzwerk „Der Excellence-Cluster ‚The Future Ocean‘“ ergänzt.

Am dritten Konferenztag wurde das zentrale Tagungsthema „Zusammenarbeit im Ostseeraum“ auf die spezifischen Aufgaben der Europäischen Bewegungen der Region bezogen. Historische Erfahrungen, aktuelle Aktivitäten und zukünftige Aufgaben im zivilgesellschaftlichen Bereich konnten miteinander verbunden werden. Die Konferenz endete mit der Diskussion und einstimmigen Verabschiedung einer politischen Abschlusserklärung.

Prof. Dr. Joachim Gasiński

Europa – gestern, heute und morgen

Regionalkonferenzen in Bonn, Erfurt und Sprendlingen

„Europa – gestern, heute und morgen“ war jeweils das Thema von drei regionalen Konferenzen des Bundesverbandes im Dezember 2006 in Bonn, Erfurt und Sprendlingen, mit welchem man der aktuellen Situation in der Europäischen Union Rechnung tragen wollte. Kurz vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 und dem 50. Jubiläum der Römischen Verträge am 25. März 2007 sollte mit einem Rückblick auf das bisher Erreichte und einer aktuellen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation in der EU mit Bürgerinnen und Bürgern eine zukunftsorientierte Diskussion mit einer Vision für Europa geführt werden. Nicht unerhebliche Grundlage für diese an drei Standorten in Deutschland geführte Debatte über die Zukunft Europas war dabei das wenige Tage zuvor vom Bundeskongress der Europa-Union beschlossene Acht-Punkte-Förderungsprogramm zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Dennoch wurden bei den einzelnen Veranstaltungen auch thematische Schwerpunkte wie Medien, Umwelt, Energie, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Regional- und Bildungspolitik gesetzt.

Im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn fand die Regionalkonferenz ein reges Interesse über Landesgrenzen hinweg. So begrüßte Kreisvorsitzende Marlene Lenz sehr herzlich Gäste aus Mayen-Koblenz und Ahrweiler sowie zahl-



Viel Beachtung fand der Vortrag von Ingrid Sprengelmeier-Schnock auf der Regionalkonferenz Bonn.

Bild: Tibor Sarusy

reich erschiene Teilnehmer aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis. Besonders interessant war der Vortrag von Ingrid Sprengelmeier-Schnock, ehemalige stellvertretende Leiterin der EU-Kommissions-

Europäischen Union in der Bevölkerung. Sie wies anhand von Umfrageergebnissen des Statistischen Amtes der EU (EUROSTAT) nach, dass das Interesse an europäischen Themen gestiegen sei.

Die Thüringer Staatskanzlei bot der Regionaltagung in Erfurt einen würdigen Rahmen. UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm



Regionalkonferenz in der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt mit (v.l.n.r.) UEF-Vizepräsident Heinz-Wilhelm Schaumann, Mario Voigt, Ministerialdirigent Jochen Fasco, Sebastian Klopffleisch (Moderator) und Mark Hauptmann

Bild: privat

Schaumann freute sich über aus allen Teilen Thüringens angereiste Teilnehmer und informierte sie über die wichtigen Aspekte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ministerialdirigent Jochen Fasco erläuterte die Medienlandschaft im europäischen Rahmen und ging dabei insbesondere auf deren Auswirkungen auf Thüringen ein.



Regionalkonferenz im Rathaus Sprendlingen mit (v.l.n.r.) Markus Kilb als Moderator sowie Heinz-Wilhelm Schaumann, Christa Klaß MdEP, Ortsbürgermeister Karl-Heinz Weller und Unternehmensberater Wolfgang Reeder

Bild: Oliver Wernersbach

Einen ebenso stilvollen Rahmen bot das historische Rathaus in Sprendlingen, wo Ortsbürgermeister Karl-Heinz Weller die Konferenzteilnehmer willkommen hies. Europaabgeordnete Christa Klaß informierte über aktuelle Herausforderungen in der Verbraucherschutzpolitik und ging dabei auch auf Aspekte der EU-Weinmarkt-Richtlinie ein. Unternehmensberater Wolfgang Reeder erörterte interessante Thesen im Rahmen der Bildungspolitik und der Entwicklung in den MOE-Staaten. ■

Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland werden.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Beruf

Telefon

Fax

Email

Geburtsdatum (freiwillig)

Werber

Der Mitgliedsbeitrag wird gemäß der geltenden Beitragsordnung der Landesverbände erhoben und beträgt derzeit in der Regel jährlich 43 € (ermäßigt 21,50 €). Darin eingeschlossen ist der Bezug der Mitgliederinformation „Europa aktiv“.

Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Ich ermächtige die Europa-Union, den Jahresbeitrag per Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

Geldinstitut: _____

BLZ: _____

Diese Erklärung gilt bis zu meinem schriftlichen Widerruf.

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte senden an:

EUROPA-UNION Deutschland
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin



Europas Sozialmodell diskutiert

Gemeinsamer „Europäischer Abend“ von dbb Beamtenbund und Europa-Union

Unmittelbar vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellten auf einem gemeinsamen Europäischen Abend am 13. Dezember der dbb Beamtenbund und die Europa-Union Deutschland die Frage „Wie sieht Europas Sozialmodell aus?“. Nach der Begrüßung durch den dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen sprach Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und neuer Präsident der Europa-Union Deutschland, zur „Bedeutung des öffentlichen Sektors für das Europäische Sozialmodell“. Im Anschluss diskutierten die europapolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen Dr. Diether Dehm (Die Linke), Markus Löning (FDP), Axel Schäfer (SPD), Rainer Steinhilber (Bündnis90/Die Grünen) und Michael Stübgen (CDU/CSU) die soziale Dimension Europas. Moderiert wurde die Runde von Dr. Alex Jakubowski vom ARD Hauptstadtstudio.

Laut Altmaier seien die Ansprüche und Erwartungen an die deutsche Ratspräsi-

dentschaft wie gegenüber jedem neuen Vorsitz überaus hoch angesetzt. Diesen innerhalb von sechs Monaten in ihrer Gänze entsprechen zu wollen, sei möglicherweise zu ehrgeizig. Doch müsse Deutschland eine Vorreiterrolle als „Advokat des europäischen Interesses“ im Sinne der Zurückstellung partikularer nationaler Interessen einnehmen. Darüber hinaus sei die Bewahrung der Substanz des Europäischen Verfassungsvertrages ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Als Präsident der Europa Union Deutschland stellte er heraus, wie dringend notwendig es sei, den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile der Europäischen Union für ihre persönlichen Lebensumstände nahe zu bringen. Sich dauerhaft mit technischen Fragen aufzuhalten, dürfe zukünftig, auch im Hinblick auf die beabsichtigte Berliner Erklärung am 25. März 2007, nicht mehr die Diskussion bestimmen.

Zu einem möglichen gemeinsamen europäischen Sozialmodell stellte Altmaier



dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen (l.) im Gespräch mit dem Präsidenten der Europa-Union Deutschland, Parl. Staatssekretär Peter Altmaier
Bild: dbb

fest, dass eine Harmonisierung der einzelnen nationalstaatlichen Sozialmodelle nicht möglich und seines Erachtens auch nicht nötig sei. Im Gegenteil, er hob die positiven Effekte verschiedener Sozialsysteme für das Wirtschaftswachstum hervor. Die Gestaltungsräume der Sozialpolitik müssten den Nationalstaaten vorbehalten bleiben. Die im Rahmen der EU-Kompetenz stehenden Bereiche wie die Grundfreiheiten, das Wettbewerbs- und Beihilfenrecht sollten mit der nationalen Sozialpolitik in Einklang gebracht werden. Gegenüber dem öffentlichen Dienst stelle sich im Rahmen dieser Debatte nicht die Frage seiner Abschaffung, sondern seiner Ausgestaltung. ■

Europa in Berlin – 50 Jahre Römische Verträge Europa-Union ist dabei

16. März: Rededuell „Europa kontrovers“ zur Europäischen Energiepolitik

Die Auftaktveranstaltung zur Reihe „Menschen bilden Europa“, mit der sich die Europa-Union an der Plan-D-Kampagne der Kommission beteiligt, stellt die europäische Energiepolitik in den Mittelpunkt. Diese wird auch Schwerpunkt des Europäischen Rates am 8. und 9. März sein. Noch befindet sie sich in einem frühen Stadium: Der von der deutschen Ratspräsidentschaft im Frühjahr vorzulegende Aktionsplan wird nur Ansätze einer gemeinsamen Energiepolitik enthalten. Bereits im Vorfeld zeichnen sich Kontroversen um die energiepolitischen Initiativen der EU ab – bezeichnenderweise zum einzigen bisher in Ansätzen realisierten Projekt: dem Binnenmarkt für Strom und Gas. Zeitnah

zum Energiegipfel lädt die Europa-Union zum Streitgespräch mit Experten ein.

17. März: Aufruf der Europa-Union zur Berliner Erklärung

Anlässlich des Sondergipfels des Europäischen Rates am 25. März in Berlin bereitet die Europa-Union unter Federführung ihres Präsidenten Peter Altmaier einen Aufruf zur Berliner Erklärung der europäischen Staats- und Regierungschefs vor. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden um Unterstützung gebeten. Der Aufruf wird am 17. März auf der Bundesausschusstagung der Öffentlichkeit vorgestellt.

17. März: Start der Referendumskampagne für eine Europäische Verfassung

Die Europa-Union wird sich an der europaweiten Kampagne der UEF beteiligen, mit der die Unterstützung der Bürger für ein konsultatives Referendum für eine Europäische Verfassung eingeworben werden soll. Der offizielle Start-

schuss fällt am 17. März in Berlin: Die UEF stellt die Website zur Kampagne vor. Die ersten tausend in Deutschland gesammelten Unterschriften will man am Ende der Bundesausschusstagung der Europa-Union präsentieren.

25. März: Europa-Union und UEF bei Bürgerfest

Europa-Union Deutschland und UEF werden sich beim Europafest „Europa feiert in Berlin – 50 Jahre Römische Verträge“ der Öffentlichkeit präsentieren. Mit dabei sind auch die Europäische Bewegung und die JEF – jeweils auch mit ihrer deutschen Sektion und dem europäischen Dachverband. Die Infozelte befinden sich auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor in Nähe des Pavillons der Bundesregierung.

Nähere Informationen unter:
Europa-Union Deutschland, Generalsekretariat,
Telefon: (030) 30 36 20 - 130 oder
www.europa-union.de

Rheinland-Pfalz

Schwerpunkte der Arbeit

Die konstituierende Landesvorstandssitzung war nach dem Rückblick auf den Landeskongress gekennzeichnet durch die Arbeitsschwerpunkte in diesem für die EU so wichtigen Jahr 2007. Die politische Entschließung mit der Forderung nach Fortsetzung der Beratungen über die Europäische Verfassung fand bei Parlamentariern und dem Auswärtigen Amt ein positives Echo. Der Bundeskongress hat diese Entschließung fast wortgleich übernommen. In der hohen Präsenz von 96,2 Prozent der stimmberechtigten Delegierten sieht der Vorstand eine gute Voraussetzung für die weitere Arbeit auf Kreis- und Landesebene.

Mitgliederbefragung?

Diskutiert wird vom Landesvorstand die Idee des Vorsitzenden, eine Mitgliederbefragung durchzuführen. Gefragt werden könnte u. a. nach den interessierenden europäischen Themen, was intensiver behandelt und wie die Arbeit der Europa-Union auf Kreis- und Landesebene verbessert werden könnte. Ziel ist es, einerseits ein Meinungs- und Stimmungsbild zu wichtigen Fragen einzuholen und zu inhaltlichen Diskussionen in den Kreisverbänden anzuregen. Andererseits können dadurch Mitglieder auch aktiviert werden. Bitte äußern Sie zu dieser Idee Ihre Meinung gegenüber Ihrem Kreisverband oder dem Landesverband.



Landesvorsitzender Prof. Dr. Siegmund Schmidt
Bild: privat

Jugend und Europa

Der Aktion „Europa in die Schule“ wird besondere Bedeutung beigemessen. Nach deren erfolgreichem Start in der Europawoche 2006 kann wie beim Abschluss des 54. Europäischen Wettbewerbs erneut mit guter Resonanz in den Schulen gerechnet werden.

Erwartet wird das Ergebnis einer Repräsentativumfrage zum Thema Jugend und Europa unter fast 800 Schülern und Schülerinnen in der Altersgruppe der 13-17-Jährigen in allen Schularten der Südpfalz. Möglich wurde die Umfrage durch eine Kooperation zwischen dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Landau und den drei südpfälzischen Kreisverbänden Landau, Bad Bergzabern und Germersheim. Betreut wird die Studie vom am Institut tätigen Landesvorsitzenden Professor Schmidt und Juniorprofessor Dr. Jens Tenschler. Ziel ist, den Wissensstand über die EU und die Haltung der Schüler zum Integrationsprozess zu ermitteln. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit und dem Bildungsministerium vorgestellt und sollen Anregungen für Veränderungen auch im Sozialkundeunterricht geben.

Das Thema Jugend ist für die Zukunft der Europa-Union von großer Bedeutung. Zwar ist der Landesverband insgesamt gut aufgestellt, doch müssen neue Mitglieder, insbesondere aus der jüngeren und mittleren Generation gewonnen werden. Wichtig hierbei ist die Studie „Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?“. Mit ihren Argumenten lässt sich typischen Vorurteilen begegnen. In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz und der Universität Landau soll auf Basis der wissenschaftlichen Studie eine ca. 30seitige Broschüre mit den wichtigsten Ergebnissen für ein möglichst breites Publikum erarbeitet werden.

Am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ist eine Podiumsveranstaltung zu einer ersten Bilanz der Ergebnisse geplant. Eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Landesparlament und den Europapolitikern wird angestrebt.

Kreisverband Bad Bergzabern

Zusammenarbeit mit JEF

Europas Aufbruch in die Neue Welt war an der Schwelle zur Neuzeit nach Bernd Engel eine Globalisierung, in der kulturelle Normen während der Kolonialisierung nach außen getragen und von dort Impulse nach Europa gebracht wurden. Der Kreisverband richtete gemeinsam mit der JEF ein grenzüberschreitendes Wochenendtreffen aus. Landesvorsitzender Schmidt und Clemens Nagel lobten die regionale Kooperation des Landes mit seinen europäischen Nachbarn. „Dreh- und Angelpunkt für das Verständnis über Grenzen hinweg ist die menschliche Begegnung und das Erlernen der Sprache des Nachbarn“, so Nagel. MdEP Lechner nannte die Dienstleistungsrichtlinie „einen vernünftigen Kompromiss zwischen notwendiger Öffnung der Dienstleistungsmärkte und den berechtigten Schutzinteressen der Arbeitnehmer und Verbraucher“.

Kreisverband Mayen-Koblenz

Tschechien vorgestellt

Gemeinsam mit dem Freundschaftskreis Mayen-Uhreské Hradist e.V. hatte der Kreisverband den tschechischen Generalkonsul Josef Hlobil zur Vorstellung seines Landes und Eröffnung der Ausstellung „Schönheit und Geheimnis der tschechischen Republik“ eingeladen. Zuvor war der Diplomat mit Vertretern der Europa-Union vom Oberbürgermeister empfangen worden.

Kreisverband Pirmasens

Appell an Schulen

Positive Erfahrungen mit bilingualem Unterricht in einer Grundschule veranlassen den Kreisverband, alle Grundschulen der Stadt zu bitten, Französischunterricht einzuführen. Die weiterführenden Schulen müssten die Fortführung des Unterrichts ermöglichen.

Verantwortlich: Manfred H. Däuwel

Saarland

Slowenien vor dem Euro

Eine europäische Erfolgsgeschichte geht weiter

Der Landesverband konnte in Kooperation mit den Wirtschaftsuniönen Saarland und dem Netzwerk Europäische Bewegung Botschaftsrat Boris Pas von der Botschaft der Republik Slowenien in Berlin für einen Vortrag in der IHK Saarland gewinnen. Er stellte in kompetenter Weise sein Land vor, das bereits im 6. Jahrhundert demokratische Ansätze aufweisen kann. 800 Jahre war Slowenien unter habsburgischer Herrschaft. Erst nach Auflösung von Jugoslawien erlangte es seine Selbstständigkeit. Bereits am 26. Mai 1996 trat es in Verhandlungen mit der EU ein, ist seit 1. Mai 2004 Mitglied der EU und gehört seit Jahresbeginn 2007 als 13. Staat der Eurozone an.

Vor dem Zusammenbruch Jugoslawiens war Slowenien ein hochentwickeltes sozialistisches Land. Nach dem Umbruch waren sozialistische Konglomerate zusammengebrochen, und Slowenien ging der

ex-jugoslawische Markt verloren. Im Gegensatz zur DDR-Treuhand privatisierte Slowenien sein Volksvermögen, denn das Geschaffene gehört dem Volk. Es wurden Zertifikate an Unternehmen und an die Bevölkerung verteilt, so dass kleinere und mittlere Unternehmen entstehen konnten, das war der Schlüssel zum Erfolg. Ausländische Firmen wie Renault, Siemens, ETA, Henkel und andere siedelten sich an. Die Wirtschaft entwickelte sich rasant. Der Hafen Koper ist der effizienteste Hafen am Mittelmeer. Es ist geplant, Ljubljana als Logistikzentrum auszubauen, da es die Kreuzung der paneuropäischen Bahnkorridore V und X ist.

65 Prozent der Bevölkerung haben sich für die EU-Verfassung ausgesprochen. Slowenien fühlt sich international wohl und will wirtschaftlich und wissenschaftlich mitmischen. Seit dem 1.1.2007 ist die Unternehmenssteuer auf 20 Prozent abgesenkt. Ziel ist der Umbau



Landesvorsitzender Hanno Thewes (r.) im Gespräch mit Botschaftsrat Boris Pas
Bild: Europa-Union Saar

des Sozialsystems. Wagniskapital soll nicht mehr besteuert werden, die Gesetze dazu sind bereits in Vorbereitung. Slowenien will in hochtechnologische Projekte investieren, daher sind bereits Gesellschaften in Vorbereitung, die Ideen absichern und vermarkten sollen, denn diesem Gedanken liegt das Paradigma „Mensch anstatt Geld“ zu Grunde.

Verantwortlich: Edeltraut Reinhart

Berlin

Neues Jahr mit neuen Herausforderungen

Landesvorstand plant Jahresprogramm 2007

Das neue Jahr bringt dem Landesverband Berlin im Zusammenhang mit der deutschen Ratspräsidentschaft eine Reihe von Herausforderungen, mit denen sich der Vorstand auf seiner ersten Sitzung im neuen Jahr befasste. Als Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft will sich der Verband in die Aktivitäten der Hauptstadt einbringen. Darüber hinaus soll auch das Europäische Jahr der Gleichberechtigung thematisch berücksichtigt werden, was Ende Januar durch eine Ver-

anstaltung mit der Europäischen Akademie Berlin – unserem bewährten Kooperationspartner – verwirklicht wurde. Da unsere traditionelle Veranstaltung mit dem Botschafter der jeweiligen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 aus nahe liegenden Gründen nicht stattfindet, wollen wir mit Berliner und Brandenburger MdEPs in Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlamentes die Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft aus der Sicht der Abgeordneten diskutieren. In diesem Zusammenhang wird auch die Zukunft des Verfassungsvertrages eine Rolle spielen.

Auf Hochtouren laufen bereits die Vorbereitungen für das Jubiläum der Römischen Verträge und das Gipfeltreffen am 25. März 2007 in Berlin, bei dem die Bevölkerung durch eine Nacht der Museen und ein Bürgerfest in der Stadtmitte einbezogen

werden soll. Die Europaabteilung der Senatskanzlei bietet hier der Europa-Union Berlin die Möglichkeit, sich in ihrem Informationszelt mit einem eigenen Stand einzubringen, was wir zusammen mit der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg gerne nutzen werden, denn die direkte Aussprache mit interessierten Bürgern hat uns schon immer wieder neue Mitglieder zugeführt. Im Verlauf des Jahres will sich der Landesverband auch mit der Frage der europäischen Energiepolitik und der Suche nach den europäischen Gemeinsamkeiten mit unseren östlichen Nachbarn befassen. Zu allen Veranstaltungen wird auf den bekannten Wegen eingeladen. Außerdem empfiehlt sich ein Blick in www.europatermine.de, wo alle aktuellen Angebote in der Stadt zu finden sind.

Verantwortlich: Maren Günther

Nordrhein-Westfalen

Valéry Giscard d'Estaing in Münster

Landesvorsitzender Dr. Heinrich Hoffschulte empfing in Münster den ehemaligen Präsidenten der französischen Republik anlässlich der Verleihung des Westfälischen Friedenspreises. Dr. Hoffschulte begrüßte den Preisträger bereits am Düsseldorfer Flughafen und begleitete ihn bis zum Abschluss seiner Visite in Münster. Giscard d'Estaing und Hoffschulte kennen sich bereits seit vielen Jahren aus ihrer gemeinsamen Tätigkeit als Präsident und Vizepräsident des Rats der Gemeinden und Regionen Europas. Beiden ist beispielsweise die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung im europäischen Verfassungsentwurf zu verdanken. Kultureller Höhepunkt war nach der Preisverleihung ein Besuch des Graphik-Museums Pablo Picasso in Münster.

In Europa unterwegs

Der Landesverband organisiert jährlich zahlreiche Studienfahrten in die Mitgliedsstaaten der EU, aber auch in Staaten, die der EU beitreten wollen. Ziel dieser Fahrten ist, über die Politik, die Wirtschaft und die kulturellen Reichtümer unseres Kontinents zu informieren und sie den jeweiligen Teilnehmern näher zu bringen. In diesem Jahr werden drei Studienfahrten organisiert, und zwar in die griechische Provinz Makedonien, nach Portugal und auf die italienische Mittelmeerinsel Sizilien. Nähere Informationen sind erhältlich über die Landesgeschäftsstelle in Dortmund, Telefon: (0231) 839302.

Am 4. Januar fanden bereits sehr gut besuchte Vorbereitungsseminare für die Studienreisen im März statt. Die Referenten Theo Morgenschweis, Dr. Hans-Georg Meyer und Dr. Pantaleon Giakoumis informierten über die einzelnen Reisevorhaben.

Europa in der Krise

Motto einer Landestagung am 12. Dezember 2006 in Münster war: „Europa in der Krise?“

Die wichtigsten angesprochenen Themen waren die Notwendigkeit der Fortführung des Ratifizierungsprozesses der Europäischen Verfassung sowie die europäische Erweiterungspolitik. Neben Landesgeschäftsführer Dr. Pantaleon Giakoumis referierte auch der Vorsitzende der Vereinigung der Deutsch-Portugiesischen Gesellschaften in Nordrhein-Westfalen Theo Morgenschweis. Es waren mehr als 60 interessierte Bürger zu dieser Tagung gekommen.

Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg

Marlene Lenz wiedergewählt

Mit eindrucksvollem einstimmigen Votum wurde Marlene Lenz für weitere zwei Jahre als Vorsitzende bestätigt. Zuvor hatte sie der Mitgliederversammlung einen beeindruckenden Tätigkeitsbericht vorgelegt. Ebenso einstimmig wiedergewählt wurden Joachim Böhm und Heiko Piesbergen als Stellvertreter, Martin Wagner als Schatzmeister und die Beisitzer Dr. Klaus Meyer, Marlies Schmidtman und Christoph Haschke. Neues Vorstandsmitglied ist Ingrid Sprengelmeier-Schnock.

Kreisverband Lippe

Werte in Europa

Jugendliche und Erwachsene aus den Detmolder Partnerstädten diskutierten unter dem Motto „Unser Europa – Werte im Wandel“ mit ihren lippischen Gastgebern. Mittelpunkt war die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Kulturen und Religionen in der EU. Elmar Brok MdEP eröffnete die Konferenz: „Die großen Herausforderungen der globalisierten Welt kann nur ein vereintes Europa angehen.“ Um die europäische Vielfalt zu bewahren, sei daher die gemeinsame Vertretung gemeinsamer Interessen notwendig.

Kreisverband Münster

Wozu Europa?

Mit praktischen und alltagsnahen Beispielen – statt mit dem üblichen „Fachchinesisch“ – versuchten die Referenten im großen Hörsaal des Fürstenberghauses in Münster den rund

300 anwesenden Schülern verschiedene Themen rund um die EU näher zu bringen. „Wozu brauchen wir Europa?“ lautete die Leitfrage der Diskussionsrunde, zu der der Kreisverband die Jahrgangsstufen 10 bis 12 der Münsteraner Schulen eingeladen hatte. Thematisiert wurden die Sicherheits- und Verteidigungs- sowie die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. Als Referenten standen neben dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Thomas Apolte auch Dr. Markus Pieper MdEP sowie der Bundeswehroffizier Burghard Rosen zur Verfügung.

Stadtverband Lünen

Studienreise nach Brüssel

Im Europäischen Parlament in Brüssel traf der Stadtverband zu getrennten Terminen mit Bernhard Rapkay MdEP (Dortmund) und dem Referenten für Wirtschaftsfragen der Grünen-Fraktion im EP, Martin Köhler, zusammen. Mit Martin Köhler diskutierten die Teilnehmer über die Probleme, die sich für die Zukunft Europas durch die fortschreitende Globalisierung ergeben. Bei der dreitägigen Studienreise unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Siegfried Hölzner widmete sich die Studiengruppe auch den touristischen Besonderheiten der belgischen Hauptstadtmetropole. Kultureller Höhepunkt war ein Besuch im Königlichen Kunstmuseum.

Kreisverband Wuppertal

Neuer Vorstand

Am 16. November 2006 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Kreisverbandes statt. Der langjährige Vorsitzende Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg stellte sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wiederwahl. Dirk Jaschinsky, Ratsherr in Wuppertal, wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Stellvertreter ist Heinz Jonas. Beisitzer sind Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg und Gerd Weisbeck, Schatzmeister und Geschäftsführer in Personalunion bleibt Hansjörg Finkentey.

Verantwortlich: Dr. Pantaleon Giakoumis

Schleswig-Holstein

Mut zu Europa

Schüler aus fünf Europaschulen und dem Städtischen Gymnasium Bad Segeberg besuchten ein zweitägiges Seminar zur Europäischen Verfassung im Haus Rothfos in Mözen. Unter der Leitung des Schulbeauftragten Joachim Brunkhorst wurde in Arbeitsgruppen intensiv und kompetent am Text gearbeitet. Auch die EU-Hotline 0080067891011 wurde aus einer Gruppe heraus spontan bemüht und diese mit einer kompetenten Antwort zufrieden gestellt. Bereits bei Eintritt in das Seminar wünschten alle Schüler mit einer Gegenstimme eine europäische Verfassung. Noch wichtiger als die Möglichkeit einer grenzenlosen Mobilität ist den jungen Menschen der Frieden in Europa. Lebhaft wurde mit Manfred Ritzek MdL und Markus Stiegler aus dem Europaministerium sowie Jens Ruge, dem Landesvorsitzenden, diskutiert.

Dieter Lubeseder

Wirtschaftsliberalismus oder Soziale Dimension?

In Zusammenarbeit mit dem Europaministerium des Landes Schleswig-Holstein hat der Landesverband eine Fachtagung zur sozialen Dimension der Europäischen Union im Plenarsaal des Landtages durchgeführt. In seiner Eröffnungsrede betonte Europaminister Uwe Döring, dass die Europäische Union mehr sei als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Es sei nicht die Frage ob, sondern wie soziale Verantwortung in der EU wahrgenommen werde. Nötig sei eine soziale Folgekostenabschätzung von Maßnahmen in der EU. Wobei man durchaus von den unterschiedlich ausgestalteten Regelungen der Sozialsysteme in den EU-Staaten lernen könne. Beispielhaft nannte Döring das dänische Modell der „flexecurity“, das ein Zieldreieck aus Flexibilität, Sicherheit und Arbeitsmarktpolitik bildet.

Professor Hartmut Kaelble von der Humboldt-Universität Berlin hebt trotz der sehr



(v. l. n. r.) Dr. Sigried Caspar, Prof. Dr. Hans Driftmann, Prof. Dr. Johannes Varvick, Petra Thobaben, Ingo Hurlin, Alfons Grundheber-Pilgram und Jens Ruge
Bild: Carsten Massau

unterschiedlichen Ausgestaltung die Gemeinsamkeiten der europäischen Sozialsysteme hervor: „ihre lange auf Dauerhaftigkeit angelegte Geschichte, ihre starke Ausgestaltung, die Ausstrahlungskraft nach außen, u.a. auf die USA und Lateinamerika, sowie ihre stabilisierende Wirkung auf die Nationalstaaten“.

Für Dr. Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DIHK, ist Wirtschaftsliberalismus die Voraussetzung für soziale Sicherheit. Die Leiterin des Verbindungsbüros des DGB in Brüssel, Dr. Katharina Erdmenger, sieht dagegen mit Sorge, dass der Gleichklang zwischen freien Märkten und sozialer Verantwortung immer weiter zugunsten der Märkte verschoben wird. Wolfgang Heller, Direktor der International Labor Organisation, Vertretung in Deutschland, geht noch weiter, indem er fordert, die Gewinne der Unternehmen, die sich aus der Produktivitätssteigerung ergeben, vermehrt in Beschäftigung zu investieren und nicht nur als Gewinne den Aktionären zufließen zu lassen. International müsse man zu einem fairen Wettbewerb im Sinne von angenäherten Sozialstandards kommen.

Stefan Forester, stellvertretender Leiter der EU-Vertretung in Deutschland, sieht die Europäische Union als eine Wertegemeinschaft, die sich eine Sozialcharta gegeben hat und in der Verfassung soziale Grundrechte verankern möchte. Über den Europäischen Sozialfonds wirkt sie mit 60 Mrd. Euro unterstützend für die Mitgliedstaaten. Damit sei der soziale Bereich ein gutes Beispiel für gelungene Subsidiarität. Dr. Sigried Caspar, Generaldirektion Beschäftigung,

Soziales, Chancengleichheit der Europäischen Kommission, sieht europäischen Regelungsbedarf in der Festlegung von Mindeststandards und in der Hilfestellung für konsistente Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten. Sie schließt sich dem positiven Urteil von Europaminister Döring über das dänische Modell der „flexecurity“ an, hebt jedoch hervor, dass die Dänen stattdessen 4 Prozent ihres BIP für die darin enthaltene Arbeitsmarktpolitik aufwenden.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Professor Johannes Varvick wurden die Erwartungen aus der Region an die EU erörtert.

PROGRAMMSPLITTER

22. März 2007
18:00 Uhr

*Forum: 50 Jahre Römische Verträge
und das Dilemma der gemeinsamen
Verfassung heute*

Landesgeschäftsstelle
Faluner Weg 28
Kiel

Weitere Veranstaltungshinweise zum Jubiläum „50 Jahre Römische Verträge“: über die Homepage www.europa-union-sh.de oder die Landesgeschäftsstelle, Telefon: (0431) 93333

Verantwortlich: Carsten Massau

Hessen

Kreisverband Schwalm-Eder Europa prägt Leben

Zu einer spannenden Vortrags- und Diskussionsveranstaltung weilte der nordhessische Europaabgeordnete Hartmut Nassauer in der Melanchthon-Schule Steinatal. Vor dem Politik- und Wirtschaftskurs der Stufe 12, der von Studienrätin Stefanie Wagner geleitet wird, erläuterte er seinen „normalen Arbeitstag“ mit Terminen und Tagungen in Brüssel und Straßburg. An aktuellen Beispielen stellte er die Einflussnahme von Interessenverbänden und Regierungen auf die Gesetzgebung dar. „Wenn zum Entwurf der Europäischen Kommission zur Bewertung von 106.000 Chemikalien 4.000 Änderungsanträge eingehen, dann gehört eine ungeheure Energie dazu, tragfähige Kompromisse und Mehrheiten in den EU-Organen zu finden“, erklärte der erfahrene Politiker, der seit 30 Jahren als Abgeordneter tätig ist, seit 1994 im Europäischen Parlament. Als Mitglied des Binnenmarktausschusses ist er verantwortlicher Berichtersteller für die REACH-Richtlinie. Der jungen Generation empfahl er Fremdsprachen intensiv zu lernen und sich auf berufliche Tätigkeiten in der EU einzustellen, denn: „Europa wird Ihr Leben prägen!“

Blume Europas

Überrascht und begeistert waren die Teilnehmer einer Studienreise von den vielfäl-



Bild: Karl Giesen

tigen Eindrücken und Erlebnissen in Breslau, der „Blume Europas“. Hans Spielmann, stellvertretender Landesvorsitzender, hatte das attraktive Programm vorbereitet, und 250 Neugierige aus ganz Hessen machten sich mit fünf Bussen auf die Reise.

Kreisverband Main-Taunus Ehre für Europa-Einsatz

Für ihren Einsatz zugunsten der Europa-Idee wurden drei Persönlichkeiten vom Landesvorsitzenden Thomas Mann MdEP ausgezeichnet: Ehrenbürgermeister Paul Dünthe (Kriftel) wurde mit der Europa-Medaille geehrt und war zuvor am Abend seiner Verabschiedung aus dem Amt des Bürgermeisters auch von Michael Gahler MdEP mit der großen Europafahne wie mit der kleinen für den Schreibtisch geehrt worden. Dünthe hatte sich seit Beginn



Bild: Meyer

der Partnerschaft Kriftel/Airaines, offiziell seit über 25 Jahren, stark für den Partnerschaftsgedanken in Europa, dann in der Europäischen Union eingesetzt. Johanna Saalbach wie auch Gaby Thiel gehören der Europa-Union Main-Taunus seit Jahrzehnten an und haben die Idee in dieser Zeit praktisch wie ideell gefördert. Sie erhielten dafür jetzt Urkunden und Geschenke.

Einblick in Comenius

Die „Europäische Reise“ anlässlich des Europa-Abends im Foyer des Rat- und Bürgerhauses Kriftel nahm musikalisch Fahrt



Thomas Mann MdEP ist erneut zum Kreisvorsitzenden und Adolf Schmidt (rechts) zu seinem Stellvertreter und Schatzmeister gewählt worden. Zweiter Stellvertreter wurde Marcus Steuer (hinten links).
Bild: Meyer

auf mit dem Mandolinclub Hofheim und führte durch die Vorstellung des „Comenius-Projekts“ dank der Main-Taunus-Schule in Hofheim nach Tschechien und weiteren Partnerschulen in Europa. Mit einer PowerPoint-Präsentation gelang es der Studienrätin Susanne Bothmann und ihren Schülern Jasmina Waslowski, Simon Schnabel und Jean-Martin Harder, einen Schüleraustausch mit Tschechien vielseitig vorzu-

stellen und dazu ebenfalls weitere sieben Partnerschulen in Europa (Frankreich, Italien und Wales u.a.). Das Projekt wird von der EU gefördert und hat auch zum Ziel, dass „etwas für Europäer und Europa rauskommt“.

Verantwortlich: Dr. Norbert Wett



Baden-Württemberg

Stadtverband

Staufen-Münstertal

Zehn Prozent besser

Bei der jüngsten Jahresfeier referierte Klaus Mangold als Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft über das Thema „Europäische Perspektiven aus deutscher Sicht vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007“. Als Land mit neun unmittelbaren Nachbarn stehe Deutschland nicht nur im Zentrum Europas, sondern auch im weltweiten Spannungsfeld der Wirtschaftsblöcke Amerika, China, Indien und Fernost. Seit vier Jahren sei Deutschland Export-Weltmeister – derzeit noch vor China. „Die Hausaufgaben wurden gemacht, insbesondere im Maschinenbau“, so Mangold. Vorzeigbeispiel hierfür sei das europaweit größte Stahlwerk im Ural, das durchweg mit deutschen Maschinen arbeite – zwar „zehn Prozent teurer, aber mindestens zehn Prozent besser“, wie es Mangold vor Ort bestätigt wurde.



Mit der Silbermedaille zur Erinnerung an die Gründung der Europa-Union Deutschland vor 60 Jahren dankte Vorsitzende Sieglinde Lange Klaus Mangold.
Bild: Manfred Lange

Ortsverband Achern

Verbraucherschutz gefordert

Einmal mehr erwies sich Heide Rühle MdEP „als Politikerin zum Anfassen“ beim

Gespräch mit den Abschlussklassen der Grund-, Haupt- und Werkrealschule Achern. Die waren mit ihren Klassenlehrern Lothar Frommann und Klaus-Dieter Pflüger sowie Rektor Edgar Gleiß und dem Vorsitzenden des Ortsverbandes Jürgen Klemm zum traditionellen Besuch des Europäischen Parlaments nach Straßburg gekommen. Heide Rühle versteht es ausgezeichnet, politische Zusammenhänge verständlich zu machen, wie es bei der Beantwortung der zahlreichen Fragen der Schüler deutlich wurde. Beispielsweise sieht sie das Europäische Parlament beim Verbraucherschutz sowie beim Binnenmarkt gefordert, den sie als „Riesenchance“ wertet.



Die Abschlussklassen aus Achern im Europäischen Parlament
Bild: Europa-Union Achern

Kreisverband Heilbronn

„Treffpunkt Europa“ nachgefeiert

In Heilbronn ist die „Europa-Welt“ in Ordnung. So sehen es zumindest die Aktiven der Europa-Union, die mit ihrem „Treffpunkt Europa“ in Kooperation mit Vereinen und Verbänden ausländischer Mitbürger jeweils Anfang Mai seit Jahren Tausende anlocken, die bei Tanz, Gesang und kulinarischen Köstlichkeiten ein fröhliches europäisches Fest feiern. Ebenso zur guten Tradition des „Treffpunkts Europa“ gehört eine „Nachfeier“ für die rund 200 Aktiven. Auch an Prominenz mangelte es hierbei nicht: Kreisvorsitzender Heinrich Kümmerle konnte Josip Joratovic MdB,

Michael Link MdB, Thomas Strobl MdB, Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL und die frühere Staatssekretärin Johanna Lichy sowie den Ehrenvorsitzenden des Kreisverbandes, Prof. Dr. Walter Dörr, und Bürgermeisterin Margret Mergen, begrüßen.

Junge Europäer

Prominente Referenten

Das in bewährter Form von den Jungen Europäern Strasbourg, der JEF Baden-Württemberg und dem Landesverband der Europa-Union veranstaltete deutsch-französische Seminar zog auch

im Jahr 2006 wieder prominente Referenten an. So sprachen zum Tagungsthema „Neue Impulse für das Europa der Regionen“ der Präsident des elsässischen Regionalrates, Adrien Zeller, der europapolitische Sprecher der FDP-Tagungsfraktion, Michael Theurer, und der Leiter der Straßburger EP-Verwaltung, Jean-Jacques Fritz. Die wissenschaftliche Koordinatorin des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen, Annegret Eppler, gab einen Einblick in die wissenschaftliche Diskussion zum Thema. Martin

Mühleck von der Versammlung der Regionen Europas erläuterte die Aufgaben und Funktionsweise seines Verbandes.

Erfolgreiche „Europart“

Die von der JEF Freiburg organisierte Kunstaussstellung „Europart“ mit Gemälden, Installationen, Film- und Fotoarbeiten junger Künstlerinnen und Künstler aus Freiburg, Karlsruhe, Straßburg und Basel zum Thema „Europa“ fand mit rund 300 Besucherinnen und Besuchern eine positive Resonanz. Bei der Vernissage und der Finissage, jeweils mit feierlicher Preisverleihung, wurden vier der ausgestellten Werke ausgezeichnet.

Verantwortlich: Manfred Nedele

Mecklenburg-Vorpommern

Kreisverband Neubrandenburg

Gelungene Jahresversammlung

Der Kreisverband hatte am 13. Dezember 2006 zu seiner Jahresversammlung eingeladen. Diese Veranstaltung ordnete sich unter dem Motto „60 Jahre Europa-Union Deutschland – 60 Jahre bürgerschaftliches Engagement“ in das Jubiläumsjahr der Europa-Union ein. Alles in allem: eine gelungene Kreisversammlung! In einer interessanten Gesprächsrunde mit Prof. Dr. Hans Ulrich Kibbel, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern, diskutierten die über 50 Teilnehmer zum Thema „Heißes Erwachen – Europa und zukünftige Entwicklungen“. Dem schlossen sich ganz persönliche Eindrücke an, die Mitglieder des Kreisverbandes in den letzten Wochen gewonnen hatten. Landesvorsitzender Jürgen Lippold sprach über seine Teilnahme an der Aktion des Bundesverbandes und der Europäischen Föderalisten in der Schweiz, die Landesgeschäftsführerin Anke Deckert berichtete von den 38. Nordeuropäischen Gesprächen in Kiel und Prof. Dr. Joachim Gasiecki informierte über den Bundeskongress in Syke und Bremen. Kreisvorsitzende Dora-Holde Dec stellte Pläne der Europa-Union für 2007 vor. Dabei richtete sich der Blick auf kommende Veranstaltungen im Kreis- und Landesverband zum Verlauf der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa hat viel Grund zum Feiern. Die Europa-Union Deutschland und ihr europäischer Dachverband, die Union Europäischer Föderalisten (UEF), feierten jeweils im Dezember ihr 60. Gründungsjubiläum. Die Europäische Union begeht am 25. März 2007 das Jubiläum „50 Jahre Römische Verträge“. Ganz nebenbei fällt uns dabei auf, dass wir Ihnen heute die bereits 25. Ausgabe von Europa aktiv vorlegen. Dies ist für uns kein Grund für eine weitere Jubiläumsfeier, aber ein geeigneter Anlass, Dank zu sagen all denen, die sich in den vergangenen vier Jahren an diesem Projekt beteiligt haben. Den

Anerkennung des Ehrenamtes

Auf dem traditionellen Bürgerempfang zum Jahresbeginn, zu dem in Neubrandenburg am 4. Januar 2007 – dem Jubiläumstag der Stadtgründung – der Stadtpräsident und der Oberbürgermeister eingeladen hatten, wurde Kreisvorsitzende Dora-Holde Dec für ihr ehrenamtliches Engagement zu europäischen Fragen in das Ehrenbuch der Stadt eingetragen. Wir gratulieren unserer Europafreundin zu dieser öffentlichen Anerkennung ihres Engagements! Im „Nordkurier“ vom 5. Januar 2007 war unter der Überschrift „Streiterin für Europa-Idee“ zu lesen: „Dora-Holde Dec macht sich seit mehr als 13 Jahren für die europäische Idee in der ‚Viertorestadt‘ stark. Als Kreisvorsitzende und im Landesvorstand der Europa-Union setzte sich die Viertorestädterin für die Seniorenakademie, Europatreff und Europapark ein. Dora-Holde Dec arbeitet seit 2003 auch als Seniortrainerin, und auch in der Deutsch-Französischen Gesellschaft unterstützt sie die europäische Einigung und die städtepartnerschaftliche Arbeit.“

Prof. Dr. Joachim Gasiecki

Verantwortlich: Anke Deckert

einzelnen Autoren, den Interviewpartnern, den Fotografen, den einzelnen Landesbeauftragten, die eine nicht unerhebliche Vorarbeit leisten. Nicht zuletzt gilt ein besonderer Dank meiner Redaktionskollegin Birgit Köbling und Herrn Tibor Sarusy von der Agentur „Pegasos-Publikationen“, die einen wesentlichen Anteil am Erfolg unserer Verbandszeitschrift haben. Wir hoffen weiterhin auf Ihre Zufriedenheit und freuen uns auf viele interessante Berichte und Informationen über unsere gemeinsame Arbeit für Europa. Vielen Dank für Ihr Interesse.

*Heinz-Wilhelm Schaumann
Verantwortlicher Redakteur*



(v.l.n.r.) Kreisvorsitzende Dora-Holde Dec, Prof. Dr. Hans Ulrich Kibbel, Landesvorsitzender Jürgen Lippold sowie die Mitglieder Klaus Ahlsdorf und Werner Schultz

Bild: Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern



Impressum

1/2007

EUROPA AKTIV – Aktuelles aus Politik und Verbandsleben

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01-30, Fax: (030) 303 62 01-39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v.i.S.d.P.),
Birgit Köbling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (02643) 90 1604, Fax: (02643) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.01.2007. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen, Unkel
Tel.: (022 24) 792 23, Fax: (022 24) 96 17 63
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied
Internet: <http://www.raiffeisendruckerei.de>

Redaktionsschluss Ausgabe 2/2007:
10. März 2007